



Blut im Schuh

»Shoes made in Europe« steht für: Arbeiter mit Füßen treten. Seite 10

Foto: 123rf/aaronamat

Priester in Nicaragua

Ernesto Cardenal erinnert sich an die sandinistische Revolution. Seite 16



Pikachu im Visier

Die virtuelle Monsterjagd mit »Pokémon Go« sorgt für kuriose Funde, Verbote und sogar für Schläge. Seite 20

Foto: 123rf/nicescene

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 29. Juli 2016

71. Jahrgang/Nr. 176

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Im Krieg, meinetwegen

Velten Schäfer über die Kanzlerin nach Würzburg und Ansbach

Der große Auftritt ist bekanntlich nicht Sache der Kanzlerin. In La- gen, die anderswo zu emotionalen Reden an die Nation führen, hält sie eine verfrühte Pressekonferenz inklusive »Neun-Punkte-Plan«. Mehr Drama geht eben nicht mit Angela Merkel.

Doch sollte man sich von ihrem Auftreten nicht täuschen lassen. Merkel hat – wenn auch in skurriler Beiläufigkeit – vom Kampf »oder meinetwegen Krieg« gegen den islamistischen Terrorismus gesprochen. Sie hat in diesem Sinn Offenheit gezeigt für eine neuerliche Debatte über Inlands- einätze der Bundeswehr, die verfassungsmäßig bekanntlich an innere Kriegszustände gebunden sind. Und mit ihrem Bekenntnis zu erleichterten Abschiebungen hat sie sich jenen Kausalzusammenhang zwischen Flucht und Terror aufdrängen lassen, gegen den sie sich so lange wehrte.

Auf die Anschläge reagiert Merkel also mit der vagen Ankündigung von Zugeständnissen an die Hardliner – ohne sich freilich auf Details festlegen zu lassen. Und, notabene, ohne den Satz zu sagen, den nicht nur See- hofer jetzt hören will: »Wir schaffen das doch nicht.«

Von ihrem gegenteiligen ge- flügelten Wort kommt Merkel nicht mehr herunter. So sehr ihre Regierung mit »Asylpaketen« das Grundrecht eingeschränkt hat, so sehr ist sie verdammt, ihre Linie zumindest rhetorisch zu halten. Das aber ist in diesen Zeiten viel- leicht gar nicht so wenig. Die Al- ternative wäre jedenfalls eine Diskussion über die Streichung des Asylrechts.

UNTEN LINKS

Ab und zu wird in der politischen Debatte der böse Vorwurf der **Geschichtsvergessenheit** vorgebracht. Da loben wir uns das Düs- seldorfer Verwaltungsgericht, das jetzt ein geradezu vorbildliches historisches Bewusstsein demon- strierte. Es urteilte, dass An- wohner der Straße Auf'm Rott Gebühren für die Asphaltierung eben dieser Straße zahlen sollen. Nur weil die Baumaßnahme schon 1937 stattfand, dachten die Bür- ger wohl, die Sache sei vorbei und vergessen. Aber nicht mit der Stadtverwaltung – die erklärte nämlich, die Straßensanierung sei erst 2010 beendet worden, und vorher habe man eben noch keine Gebühr erheben können. Diese Entscheidung sollte Anwohner und Nutzer der Bahnstrecke Leip- zig-Dresden (Baubeginn 1836), des Nord-Ostsee-Kanals (Baubeginn 1887), der Berliner Stadtau- tobahn (Baubeginn 1913) und der Moselbrücke in Trier (ab 18 vor Christus) aufhorchen lassen: Liebe Leute, legt schon mal ordentlich Geld zurück. Denn die Geschichte kann euch immer einholen. wh

Merkel mahnt, Erdogan säubert

Kanzlerin besorgt, aber von Ankara als wichtigem Partner überzeugt



Täglich lässt der türkische Präsident seine Anhänger demonstrieren.

Foto: Reuters/Osman Orsal

Berlin. Nach dem Putschversuch in der Türkei vor zwei Wochen schwimmt Präsident Recep Tayyip Erdogan mit seinen drakonischen Maßnahmen gegen Oppositionelle auf der Zustimmungswelle eines großen Teils seiner Landsleute. Auch in Deutschland sammeln sich seine Anhänger am Wochenende zu einer Demonstration in Köln. Dagegen demonstrierte Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag ihre Distanz gegenüber der Verfolgung von Oppositionellen. Die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit müssten gewahrt werden. Auf einer Pressekonferenz in Berlin bekundete sie, sie sehe die Entwicklung mit Sorge. Zugleich

betonte sie, Ankara bleibe ein wichtiger Partner, Forderungen nach Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen erteile sie eine Absage. In dem mit Spannung erwarteten Presse- auftritt kündigte sie einen Neun-Punkte-Plan gegen islamistischen Extremismus an. Ihren Kurs in der Flüchtlingspolitik bekräftigte sie: »Wir schaffen das und wir haben in den letzten elf Monaten sehr, sehr viel bereits geschafft.« Zu dem Maßnahmenpaket zählen Übungen unter Einbeziehung der Bundeswehr und verstärkte »Rückführungsanstrengungen« gegenüber Flüchtlingen. Zum Beispiel werde mit Afghanistan nach innerstaatlichen Flucht-

alternativen gesucht. Auch mancher türkische Staatsangehörige in Deutschland dürfte sich Sorgen machen. Immerhin fordert Ankara die Auslieferung von Anhängern der Gülen-Bewegung. Außenminister Mevlüt Cavusoglu sprach in dem Zusammenhang von »manchen Richtern und Staatsanwälten«, die sich in Deutschland aufhielten.

In Ankara versammelte sich am Donnerstag erstmals seit dem Putsch die türkische Militärspitze, um den radikalen Umbau der Armee abzusegnen. Die Regierung ordnete die Schließung von 45 Zeitungen und 16 Fernsehse- dern an. Agenturen/nd Seiten 4 und 7

Folter mit Kenntnis des BND

Bundesregierung räumt neuen Skandal rund um die deutsche Siedlung »Colonia Dignidad« in Chile ein

Der **Bundesnachrichtendienst (BND) soll bereits seit 1966 von »KZ-ähnlichen« Methoden in der von Deutschen gegründeten Sektensiedlung »Colonia Dignidad« in Chile gewusst haben.**

Von Martin Ling

»Wer seit spätestens 1966 von den Verbrechen weiß und bis 1987 die zahllosen Menschenrechtsverletzungen nicht nur ignoriert, sondern sich vielmehr schützend vor die Täter gestellt hat, hat allen Grund, sich zu schämen und zu entschuldigen. Ich erwarte, dass es die Bundesregierung jetzt nicht bei frommen Worten belässt.« Der Kommentar des LINKE-Abgeord- neten Jan Korte zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bun- destag nach der deutschen Sek- tensiedlung »Colonia Dignidad« in Chile ist deutlich. Das Eingeständnis der Bun- desregierung ist aktenkundig:

»Aus drei Sachakten des Bundesnachrichtendienstes, deren In- halte sich teilweise auf die »Colonia Dignidad« beziehen, geht her- vor, dass der Bundesnachricht- dienst Kenntnis von einer Mit- teilung der chilenischen Presse hatte, die die »Colonia Dignidad« im Jahre 1966 und unter an- deren dortige »KZ-ähnliche Metho- den« erwähnt«, heißt es in der Antwort auf Frage 30.

Der Colonia-Experte Jan Steh- le vom Forschungs- und Doku- mentationszentrum Chile-Latein- amerika (FDCL) findet diese An- wort dünn: »Es gibt deutliche Hinweise, dass der BND über Kenntnisse über die kriminellen Machenschaften der Colonia Dignidad verfügte. Genaueres darü- ber erfahren werden wir jedoch erst, wenn Transparenz geübt und die Akten endlich vollumfänglich zugänglich werden«, so der Wis- senschaftler gegenüber »nd«. Es war ein offenes Geheimnis, dass in der 1961 von Paul Schäfer

gegründeten Sektensiedlung bis zu seiner Festnahme in Argenti- nien im Jahr 2005 unter anderem Zwangsarbeit und sexueller Miss- brauch an Kindern an der Tages- ordnung waren. In der Siedlung wurden zudem politische Gefan- gene der Pinochet-Diktatur (1973- 1990) gefoltert und ermordet.

Die Antworten der Bundes- regierung zeigen auch, dass die Auf- klärung hinter einem Antrag des Bundestags aus dem Jahr 2002 zu Hilfsmaßnahmen für die Opfer der »Colonia Dignidad« zurückbleibt, bei dem sich die Unionsfraktion enthielt. Und beim Empfang in Santiago de Chile am 13. Juli dies- es Jahres zu Ehren von Bundes- präsident Joachim Gauck war mit Reinhard Zeitner ein verurteilter Colonia-Mittäter ebenso eingela- den wie Hans Schreiber, der ehe- malige Chef der juristischen Ab- teilung der »Colonia Dignidad«. Das Fazit von LINKE-Fraktionsvi- ze Jan Korte: »Die Antwort der Bundesregierung und der Skan-

dal beim Empfang des Bundes- präsidenten in Chile zeigen, dass die Bundesregierung noch weit von einer tatsächlichen Kehrt- wende im Umgang mit den Ver- brechen der »Colonia Dignidad« entfernt ist.« Jan Stehle fordert: »Wichtig ist, dass das Auswärtige Amt konkrete Maßnahmen ein- leitet, die alle Opfergruppen mit- einbeziehen. Dies kann nur im en- gen Dialog mit der chilenischen Regierung gelingen.«

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Antirassismus & 68er: So begann die Revolte
Insulin & Zuckerwatte: Diabetes bei Kindern
Sozialwohnung & Welterbe: Le Corbusier

Keine Steuern für Ostrenten

Finanzminister Schäuble lehnt Plan von Arbeitsministerin Nahles ab

Berlin. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) will die von Arbeitsminis- terin Andrea Nahles (SPD) geplante Anglei- chung der Ostrenten an das Westniveau nicht aus Steuermitteln finanzieren. Das Bundesfi- nanzministerium habe in einem auf Staats- sekretärebene gebilligten Schreiben darauf hingewiesen, dass die Ost-West-Renten- angleichung keine prioritäre Maßnahme im Sinne des Koalitionsvertrags sei und deshalb in der gesetzlichen Rentenversicherung gegen- finanziert werden müsse, erklärte eine Re- gierungssprecherin am Donnerstag.

Die Sprecherin verwies darauf, dass zu dem Gesetzentwurf bislang keine Ressortabstim- mung eingeleitet worden sei. Bundeskanzle- rin Angela Merkel erklärte am Donnerstag, sie erwarte keine schnelle Lösung. Nahles will die Ostrenten ab 2018 bis 2020 in zwei Schritten an das Westniveau angleichen und dies über Steuermittel finanzieren. Die Kosten dafür be- ziffert sie mit je 1,8 Milliarden Euro in den Jahren 2018 und 2019 und 3,9 Milliarden Euro im Jahr 2020. dpa/nd Seiten 4 und 6

Härtere Gangart gegen Kohlegegner

Woidke: Pflingsten »ganz klar eine rote Linie überschritten«

Potsdam. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) will weitere Aktio- nen wie »Ende Gelände« im Lausitzer Tage- bau Welzow-Süd nicht dulden. Umweltakti- visten hatten das Braunkohleabbaugebiet zu Pflingsten für 24 Stunden besetzt und den Nachschub für das Kraftwerk »Schwarze Pumpe« blockiert. Dabei kam es zu Ause- nandersetzungen. »Das hilft niemandem, auch nicht dem Klimaschutz«, sagte der Mi- nisterpräsident gegenüber der Agentur epd. Woidke sieht EPF, den umstrittenen neuen Besitzer der ehemaligen Vattenfall-Kohle- sparte, als »sehr guten Partner«, mit dem er eine »aktive Industriepolitik mit Kohle und Energie« umsetzen wolle.

Bei der Bevölkerung vor Ort gebe es seit »Ende Gelände« einen Stimmungswandel, meint die Brandenburger Bundestagsabge- ordnete Birgit Wöllert (LINKE). »Die Region spürt, dass die Altlasten der Kohle nicht mehr in der fernen Zukunft liegen, sondern im Jetzt und Heute.« Man frage sich, wer die Schä- den bezahlen soll. epd/nic Seite 12

Umweltverbände beschwerten sich

Vorwurf an Deutschland: Zu wenig für Energieeffizienz getan

Berlin. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) reicht zusammen mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) bei der EU-Kom- mission in Brüssel Beschwerde gegen Deutschland ein. Ziel sei, dass die EU ein Ver- tragsverletzungsverfahren gegen Deutsch- land eröffne, teilten die Umweltverbände am Donnerstag mit. Sie kritisieren, dass die Maß- nahmen aus Deutschland nicht ausreichten, um das Ziel von 1,5 Prozent Energieeinspa- rung pro Jahr zu erfüllen. Berlin würde die europäischen Energieeffizienzvorgaben so nur mangelhaft in nationales Recht umsetzen.

Bei vielen Instrumenten falle es zudem schwer, überhaupt einen Bezug zur Energie- effizienz zu erkennen. »Lkw-Maut, Luftver- kehrssteuer und Emissionshandel werden derzeit als Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz ausgegeben. Das ist mehr als fragwürdig«, sagt DUH-Bundesgeschäftsfü- hrer Sascha Müller-Kraenner. Die Koalition habe nun die Gelegenheit, auf das Beschwerde- verfahren zu reagieren und eine wirkungs- volle Energieeffizienzpolitik einzuleiten. nd

ISSN 0323-3375



4 198662 501709